

„Wissenschaft und Demokratie: Stiftungen und ihre Rolle in der Gesellschaft“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Es ist mir eine große Ehre, hier heute zu Ihnen sprechen zu dürfen, um eine Diskussion über das Thema „*Wissenschaft und Demokratie: Stiftungen und ihre Rolle in der Gesellschaft*“ anzustoßen. Um das gleich vorweg zu nehmen: ich werde diese mir zugedachte Aufgabe nicht erfüllen können – oder vielleicht nicht in Ihrem Sinne erfüllen können – sind mir doch, als ich mich an die Abfassung eben dieser Rede gemacht haben, erhebliche Zweifel gekommen, ob wir in Zeiten der „Post-Demokratie“ (der Begriff ist von Colin Crouch) noch wissen, was wir meinen, wenn wir über Demokratie reden. Und nicht besser fragen sollten: was kommt *nach* der Demokratie?

Und ob wir in Zeiten von *fake news* noch wissen, was Wissen überhaupt ist oder was wir wissen können. Oder aber, wenn man an so einige Videos mit hineinmontierten Stinkefingern denkt, wie damals jenes von Jan Böhmermann über Yannis Varoufakis, nicht einmal mehr wissen, ob die Bilder, die wir sehen und die unser Wissen prägen, echt sind. Vor wenigen Tagen sah ich auf Facebook einen Clip, in dem Obama Worte in den Mund gelegt worden sind, die er nie gesagt hat, was in großen Lettern unter dem Video stand, um auf die Gefahr hinzuweisen, die durch künstliche Intelligenz entsteht, mit deren Hilfe jetzt solche Videos produziert werden können. Während künstliche Intelligenz derzeit wiederum ein großes Betätigungsfeld in der Wissenschaft ist. Ich begann zu zweifeln, ob wir überhaupt noch wissen, was echt ist und was nicht daher noch in der Lage sind, zwischen Wissen und Nicht-Wissen zu unterscheiden, geschweige denn, die Wirkungen und Auswirkungen von Wissenschaft auf die Demokratie benennen zu können. Sie sehen: mich hat das Thema überfordert!

Vor diesem Hintergrund fand ich es beachtlich, die deutsche Kanzlerin kürzlich in Harvard so klar zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden zu hören – und dafür viel Applaus bekommen hat - wo uns doch der sehr wissenschaftliche Poststrukturalismus seit über dreißig Jahren lehrt, dass es eigentlich keine Wahrheit gibt; sondern bestenfalls Wahrheiten.

Die, wie uns die Philosophie von Alain Badiou in seinen „Theorien des Subjekts“ aufzeigt, auf sehr individuellen Subjekt-Objekt-Beziehungen beruhen.

Wenn es also heute – vielleicht mehr als früher – schwierig ist, zu benennen, was Demokratie und was Wissen bzw. Wissenschaft überhaupt sind, wie soll ich dann zu plausiblen Aussagen über die Rolle von Stiftungen in der Gesellschaft kommen, die sich um die Wissenschaft und Demokratie kümmern – oder zu kümmern vorgeben?

An dieser Stelle möchte ich schon einmal andeuten, dass ich, obgleich ich hier Ihr *Gast* bin, obgleich ich der Einladung, diese Impulsrede zu halten, gerne gefolgt bin und natürlich den Wunsch hatte, Ihnen etwas *Schönes* zu sagen über die Rolle von Stiftungen im Bereich von Wissenschaft und Demokratie, diese kleine Rede – eigentlich sind es ja nur Gedanken - sich leider während des Schreibens irgendwie verselbständigt hat. Das Ganze ist vielleicht immer noch schön, aber doch zumindest viel, viel nachdenklicher geworden, als ich es selbst vorhatte. Und da ich irgendwann keine Zeit mehr hatte, das Geschriebene zu revidieren, ist es so geblieben und Sie müssen jetzt damit leben, dass Ihnen Teile davon vielleicht nicht gefallen.

Im Folgenden habe ich den mir zgedachten Titel in eben jene drei Teile zerlegt und werde jeweils knapp zehn Minuten zum Begriff der „Demokratie“, dann zu „Wissenschaft“ und dann zur „Rolle von Stiftungen“ sprechen, wobei ich mir erlaube, persönliche Erfahrungen aus zwei Jahrzehnten einfließen zu lassen aus einem Feld, in dem ich die deutschen und europäischen Stiftungsaktivitäten am besten beurteilen kann, und das ist in der Europapolitik - bzw. die Aktivitäten zur Förderung der europäischen Einigung, sollte ich vielleicht präziser sagen.

Doch beginnen wir mit dem changierenden Begriff der Demokratie, von dem es einmal in einer griffigen Definition von Abraham Lincoln hieß, es sei „*Government of the people, by the people and for the people*“. Schon bei dieser Definition wird es schwierig, zumal wenn man (oder frau) diesen Text im Elternhaus im heimatlichen Grevenbroich verfasst, einer immer mehr verwahrlosten Kleinstadt zwischen Düsseldorf und Köln. Gestern war, man ist es ja fast schon gewohnt, ein Stellwerk auf der Bahnstrecke kaputt, ich saß zwei heiße Stunden in einem Regionalzug. Und als ich dann bei meinen über 80zig-Jährigen Eltern saß, klagte mir

meine schwerkranke Mutter ihr Leid über nicht zu bekommende Arzttermine, geschweige denn, dass es ein ausreichendes und erschwingliches Angebot an betreutem Wohnen gäbe, während zwei Cousins im Zuge der Bewirtschaftung des Hambacher Forstes jetzt wahrscheinlich ihre Arbeitsstellen verlieren. Kurz: *for the people*, so war mein Eindruck in diesen wenigen Stunden in Grevenbroich, wird dort nicht mehr viel gemacht. Und *by the people* eigentlich auch nicht, denn die Entscheidung, die Deutsche Bahn kaputt zu sparen, die Entlassungen oder mangelnde öffentliche Bauvorhaben für altersgerechtes Wohnen sind Dinge, die meine Familie oder ich nicht entschieden haben. Hätten wir sie entscheiden können, wären die Entscheidungen sicher anders ausgefallen. Gemessen an dieser Definition ist vieles in Grevenbroich – und anderswo - eigentlich strukturell nicht mehr so richtig demokratisch. Nicht *for* und nicht *by the people*. Leider gibt es dort auch keine Stiftungen, die meinen Eltern und Cousins anbieten würden, in modernen partizipativen Diskussionsformaten ihre Wut und Sorge über die Demontage der Republik auf Post-Ist auf Flipcharts zu kleben.

Diese Demontage der Republik im Wortsinn, also der *Res Publica*, der öffentlichen Sache, (es sei hier kurz daran erwähnt, dass in der politischen Theorie der Begriff der *Republik* und nicht der formale Begriff der *Demokratie* stets der übergeordnete Begriff für die Organisation eines Gemeinwesen war) ging vonstatten, obgleich das *Wissen* über die demographische Entwicklung in Deutschland seit langem bekannt ist und die Wissenschaft aus ökologischen Gründen seit langem die Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene reklamiert. Wissenschaft und Demokratie scheinen also nicht notwendigerweise „Schwestern im Geiste“. Zumindest scheint die Korrelation zwischen Wissen, das die Wissenschaft produziert, und dem Eingang der wissenschaftlichen Erkenntnisse in den demokratischen Prozess, nun, sagen wir, begrenzt oder doch extrem zeitverzögert zu sein. Und leider können Stiftungen daran recht wenig ändern, es sei denn, sie reparieren in Zukunft die Stellwerke der Deutschen Bahn.

Vielleicht ist die Tatsache, dass die heutige Demokratie nicht mehr *for* und *by the people* zu sein scheint, der Grund für das gefühlte Versagen – oder auch die Bedrohung? – der Demokratie heute? Und mithin Grund für das allseits beklagte Aufkommen den Populismus? Wobei ich als Politikwissenschaftlerin schon mit dem Begriff des Populismus

eigentlich schon so meine Probleme habe, denn Politik soll ja für den *Populus* gemacht werden, insofern ist „Populismus“, nämlich etwas für den *Populus* zu machen, ja eigentlich etwas Gutes? Also etwa meiner Mutter ausreichend Arzttermine zu geben, genügend betreutes Wohnen bereit zu stellen oder aber einen pünktlichen und sauberen Personennahverkehr. Ich erinnere gerne daran, dass etymologisch *les classes populaires* – im französischen hört man das deutlicher als im deutschen – im 19. Jahrhundert der Stolz der sozialistischen Parteien in ganz Europa waren, um die man sich selbstverständlich kümmerte, war es doch in der Geburtsstunde der modernen Demokratie in den revolutionären Prozessen von 1776 (USA) und 1789 (Frankreich) im Grunde das Versprechen, ja das Ziel der Demokratie schlechthin, durch demokratische Prozesse mehr soziale Gleichheit zu erreichen, also die Lebensbedingungen vor allem der unteren Schichten zu verbessern. Ich darf kurz an den ersten Satz der Menschenrechtserklärung erinnern: „*Alle Menschen sind geboren frei und gleich in ihren Rechten.*“ Wogegen der Adel berechtigterweise viel einzuwenden hatte, weswegen er – in Frankreich umfassender als andersorts – geköpft wurde.

Form follows function, hieß es im Bauhaus vor 100 Jahren. In der modernen Demokratie haben wir das inzwischen vielfach umgekehrt: *Function follows form*. Die Reduzierung der Demokratie auf formale Funktionsgehalte, vor allem Wahlen, gilt als demokratisch, obgleich schon Hannah Ahrend anmerkte, dass auch in der DDR stets gewählt wurde. Die Demokratie scheint heute zwei grundlegende Funktionen nicht mehr zu erfüllen, die - schaut man in die Texte der großen Theoretiker der Demokratie – Rousseau, Montesquieu, aber auch Platon oder Aristoteles – ihre Essenz ausmachen, nämlich zum einen das Versprechen, mittels demokratischer Verfahren die politischen Geschicke eines Herrschaftsverbandes kollektiv lenken zu können, also der Anspruch der Partizipation; und zweitens das Versprechen, durch demokratische Prozesse soziale Gleichheit zu erzielen. Nur am Rande sei erwähnt, dass die *Bundesrepublik* Deutschland nicht nur ein Rechts-, sondern auch ein Sozialstaat ist, wobei dies im öffentlichen Diskurs gerne geschlabbert wird, ebenso wie sachdienliche Hinweise auf Art. 14 oder 15 GG inzwischen Empörung hervorrufen.

Wir können uns natürlich fragen, ob diese beiden funktionalen Versprechen in der kurzen Lebenszeit der modernen Demokratie je eingelöst wurden – oder je *besser* eingelöst wurden

als heute? Wobei die Antwort darauf eigentlich irrelevant für unser Thema ist, denn selbst wenn es objektiv früher noch schlechter war – wenn also die politische Partizipation und die soziale Gleichheit in Zeiten von Emile Zola oder Brecht's Dreigroschenoper noch schlechter waren als heute - so ist doch offensichtlich heute das Empfinden, dass etwas mit der Demokratie nicht stimmt oder nicht mehr so ist wie früher, so groß, dass wir ständig über Demokratie reden – und gerade Stiftungen jede Menge Geld dafür ausgeben, *dass* wir darüber reden. Ich kann mich jedenfalls in den ungefähr 40 Jahren seit meiner politischen Sozialisierung nicht daran erinnern, dass dies jemals so war, so viele Panel-Diskussionen über Demokratie, ständiges Nachdenken über Demokratie, ein überbordender Büchermarkt mit demokratiethoretischen Betrachtungen, öffentliche Werbung von Ministerien für das Grundgesetz an Bushaltestellen und stiftungsfinanzierte Tafelrunden für die „offene Gesellschaft.“

Unter Willi Brandt haben wir „mehr Demokratie“ gewagt, 1989 haben Bärbel Bohley und viele andere mehr Demokratie *gemacht* – aber nicht darüber *geredet*. Und wir hatten damals auch keine Angst, als „*Wir sind das Volk*“ skandiert wurde, sondern bekamen glänzende Augen.

Darum möchte ich den Abschnitt „Demokratie“ dieser Einlassung mit zwei Thesen beenden. Die eine ist: könnte es sein, dass wir so viel über Demokratie reden, weil uns schwant, dass wir sie längst verloren haben? Es scheint mir doch in etwa so zu sein wie in einer Beziehung: Wenn man über die Beziehung *redet*, anstatt sie zu *leben*, ist es meistens vorbei. Vor allem Männer empfinden diese Gerede meistens nur als anstrengend und laufen lieber weg, als in die Paartherapie zu gehen.

Für diese These sprechen die Theorie von Ludolfur Blühdorn, die er in seinem 2013 verfassten Buch über „*Simulative Demokratie*“ angelegt und seither fortentwickelt hat. Sehr unterkomplex lautet die Theorie, dass wir derzeit drei sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen haben, die aus sehr unterschiedlichen Motiven kein Interesse mehr an Demokratie haben: 1.) Die Reichen, die nicht teilen wollen und die darum seit längerem sich a.) der Gemeinschaft entziehen; b.) dafür sorgen, dass nicht alle und schon gar nicht Massen Zugang zu jenen Dingen bekommen, die sie als selbstverständlich für sich erachten. Dahinter steht die paradigmatische Frage, die Hannah Arendt für das 21. Jahrhundert gestellt hat:

kann es einen Zustand der Welt geben, in dem alle frei von Zwang und von Not sind? Oder bedeutet die Freiheit von Zwang (also Herrschaft) und Not der *einen* notwendigerweise die Unterdrückung bzw. Not von *anderen*? Dass diese demokratietheoretische Frage in Europa spätestens seit der Flüchtlingskrise auf dem Tisch liegt, dürfte jedem klar sein. 2.) Die zweite Gruppe struktureller anti-Demokraten sind die Modernisierungsverlierer, die seit langem bemerken, dass Demokratie nicht mehr *for the people* ist; und was z.B. meine Cousins anbelangt, auch nicht mehr *by the people*, zeugt doch die Quote der nicht-Akademiker im Deutschen Bundestag (2 %) auf eine akute Krise der politischen Repräsentanz aller gesellschaftlicher Gruppen, so dass für die demokratische *Realität* auch der Bundesrepublik wieder Kurt Tucholsky gilt: „*Alle Souveränität geht vom Volke aus und kommt so schnell nicht wieder*“...Vielleicht bevölkern deswegen zunehmend – Chemnitz, Gelbwesten – Menschen die Straßen rufen nach direkter Demokratie. Kurz: sie haben mich verstanden: die Meritokratie, die Herrschaft der Gebildeten ist zum zentralen Problem der heutigen Demokratie geworden, obschon schon Rousseau angemahnt hat, dass auf die ausgewogene soziale Verteilung der Plätze im Parlament streng zu achten sei. Aber anstatt dies in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken, diskutieren wir gerne und ausführlich darüber, ob genügend Frauen im Bundestag sind und meinen dabei nicht die Putzfrau oder meine arbeitslose Cousine.

Es ist übrigens auffällig, wie verpönt inzwischen der Begriff der „Gleichheit“ im politischen Diskurs ist, genauer: wie sehr er aus dem politischen Diskurs verschwunden ist. Natürlich müsste es Gleichwertigkeit heißen (Wir sind alle einzigartig, also nicht gleich, aber als politische Subjekte einer Demokratie gleichwertig, theoretisch zumindest.) Das ideengeschichtliche Erbe der französischen Revolution heißt „*Liberté, Egalité, Fraternité*“, wahrscheinlich, weil die Revolutionäre wussten, dass man Freiheit nicht absolut setzen darf und kann, wenn man ein Gemeinwesen – nämlich die Republik – organisieren will. Ich habe an genau dies vor zwei Wochen auf einer Konferenz der Industriellenvereinigung in Wien erinnert, die den interessanten Titel hatte „*Freiheit, Sicherheit, Solidarität*“. Finden Sie den Fehler! 3.) Die Dritte Gruppe schließlich, die sich zunehmend laut Blühdorn der Demokratie widersetzt oder widersetzen wird, sind die, ich überspitze, „Ökofaschisten“, die nicht darauf warten wollen, dass der Markt das Klimaproblem richtet, sondern die gerne wieder Verbote jenseits des Rauchverbots einführen wollen, z.B. jene britische Abgeordnete, die kürzlich

verlauten ließ, demnächst dürfe eben jeder nur einmal im Jahr fliegen, was in einer demokratischen, partizipatorischen Agora nicht zu verhandeln sein dürfte. Drei Gruppen, drei Ziele, ein gemeinsames Ergebnis: keine Demokratie mehr: Dauert zulange, ist zu teuer, entzieht uns die Lebensgrundlage. Anders formuliert: die derzeitige Demokratie krankt an einer kolossalen Spaltung ihrer politischen Subjekte in einerseits Bürger und andererseits Konsumenten: was wir heute als Konsumenten tun, können wir morgen als Bürger nicht wollen.

Daron Acemoglu, ein türkischer Harvard-Ökonom, würde sich den Blüdnorn'schen Theorien sicherlich anschließen, insofern er in seinem Buch „*The economic origins of dictatorship*“ daran erinnert, dass Demokratie vielleicht nicht, wie wir gerne zu denken pflegen, eine emanzipatorischer Akt ist, sondern letztlich eine Konzession des Kapitals ist, die nur gemacht wird, wenn Demokratie preiswerter ist als Unterdrückung, wobei lediglich die Frage wäre: sublimierte Unterdrückung oder nicht? Acemoglu's Theorie und seine umfangreichen empirischen Arbeiten sind im Grunde das wissenschaftliche Ausbuchstabieren jenes Satzes, der Nikolai Bucharin zugeschrieben wird: „*Wenn das Bürgertum sich sicher fühlt, macht es Demokratie. Wenn nicht, macht es Faschismus.*“ Was daraus in Zeiten der Industrie 4.0, der Robotics und der Algorithmen wird, in denen wir, so ein Bericht des Europäischen Parlaments, bis 2040 rund 40% der heutigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse verlieren werden – die Kosten der Demokratie für die Versorgung gleichsam ‚unnötiger‘ Bürger bzw. Arbeitskräfte, von kostspieligen älteren Mitbürgern oder gar Flüchtlingen ganz zu schweigen - also steigen, mag man strittig stellen. Es war der österreichische Alt-Bundeskanzler Kurz, nicht einmal ein sogenannter Populist, sondern nur „neue ÖVP, der jüngst eine Debatte über den „Preis“ der Menschenrechte angestoßen hat. Es müsse evaluiert werden, ob diese noch bezahlbar seien. Deswegen hat er wohl auch den Begriff der „evidenzbasierten Politik“ ins Spiel gebracht und die österreichische Statistikbehörde, Statistik Austria, gleich dem Kanzleramt unterstellt. Hier kommt die Wissenschaft ins Spiel, auf die ich nun im zweiten Teil zu sprechen komme.

Die Politikwissenschaft bzw. die politische Theorie verzeichnet schon seit längerem Stimmen, die entweder den Verfall der Demokratie analysieren oder sich sogar explizit gegen die Demokratie richten, das wäre mein erster, trauriger Impuls für die Diskussion. Es

sind also nicht nur die Populisten, die etwas gegen die Demokratie haben, zumindest in ihrer heutigen, formalen Ausprägung. Es sind zunehmend auch Wissenschaftler, die das so sehen und die Demokratie inzwischen als „leeren Signifikanten“ bezeichnen (Wendy Brown). Wobei mir als letzter Satz in diesem Abschnitt zur Demokratie gestattet sein, dass die Populisten, misst man sie an den eingangs erwähnten funktionalen Bestimmungen einer Demokratie – Mitsprache und soziales Versprechen – im Grunde sehr gute Demokraten sind: sie organisieren Referenden, gewinnen Wahlen und kümmern sich um Arme. Die PiS-Regierung in Polen z.B. mit einem ungewöhnlich hohen Kindergeld, etwa dem vierfachen des deutschen Kindergeldes, das ich als alleinerziehende Mutter in der Bundesrepublik gerne gehabt hätte. Oder Viktor Orban, der in Ungarn die Kreditlinien für kinderreiche Familien reduziert. Man mag diese Mutterkreuzallüren als identitär oder gar ‚völkisch‘ brandmarken: sozial sind sie allemal, demokratisch auch, nur leider nicht *liberal*. Doch die Frage ist dann: wessen Problem ist es eigentlich, dass die sogenannten Populisten funktional demokratisch, aber *illiberal* sind?

Und da bin ich auch schon bei der Wissenschaft. Denn die Frage, die wir hier diskutieren wollen, ist die Verbindung zwischen Demokratie und Wissenschaft, wie also die Wissenschaft der Demokratie helfen kann. So habe ich zumindest den Titel verstanden. Nun gebe ich zu, dass ich mit dem Begriff der Wissenschaft mindestens ebenso große Probleme habe wie mit dem der Demokratie. Ich gebe zu, ich bin ein großer Fan von Paul Feyerabend, „*Wider den Methodenstreit*“, und mache dazu noch viel Yoga. In den Yoga-Sutren steht geschrieben, dass man nichts wissen kann. Von dem großen Mahatma Ghandi gibt es einen Youtube-Clip, auf dem er rezitiert: *I am no body, I am no mind, I am just a breath of life*. Vom Buddha stammt der Spruch: „*Glaube nichts, was du nicht selbst erfahren hast*“, mit dem ich persönlich viel anfangen kann und der de facto durch die moderne Neurologie insofern erhärtet wird, als dass heute als gesichert gilt, dass man nur durch Erfahrung lernt („Herdplatte“) und kognitiv erlangtes Wissen gemeinhin überschätzt wird.

Ob viel Wissen – wenn wir denn überhaupt wüssten, was Wissen ist – die Demokratie stabilisieren kann, muss auf der Grundlage dieser Erkenntnisse strittig gestellt werden. Auch von Sokrates ist bekannt, dass er all jene, die ihm stolz ihr Wissen vortrugen, stets entgegnete: *Ist das so?* Das wiederum soll nicht heißen, dass es nicht einen Wissenskanon

oder kollektives Wissen geben kann. Es soll aber heißen, dass dieser kollektive Wissenskanon, soll er eine Demokratie stabilisieren, stets von den Mitgliedern dieser Demokratie, den politischen Subjekten, geteilt, also *erfahren* werden muss bzw. als *für sie gültig* erfahren werden muss. Jede Wissenschaft, dies ist mein zentraler Punkt, ist damit notwendigerweise politisch, also normativ. Das Verhältnis von Wissenschaft und Demokratie ist damit notwendigerweise ein instabiles, geht es doch immer auch darum, welches Wissen sich in einer Gesellschaft, in einer Demokratie, durchsetzen kann.

Das gilt heute für alle Wissenschaftsbereiche, in denen die Schnittstelle zwischen Demokratie und Wissenschaft betroffen ist, was wir als *Malaise* der Demokratie erfahren. Wenn die AfD z.B. in einer kleinen Anfrage im Hessischen Landtag die Genderforschung als Unfug bezeichnet und Gelder an der Goethe-Uni streichen will, ist weniger wichtig, was die Genderforschung an Wissen produziert, sondern ob sich dieses Wissen gesellschaftlich durchsetzen kann und politisch Akzeptanz findet. Das gleiche gilt für die Klimaforschung. Wenn sich heute – bis weit ins liberale Lager der FDP hinein ein vermeintlich unideologisches Bürgertum gegen das „grüne Narrativ“ einer Klimakatastrophe wehrt und teilweise als Hysterie bezeichnet, dann wird dabei vergessen, dass das „grüne Narrativ“, solange die Klimadaten noch nicht wissenschaftlich falsifiziert sind, immerhin die Wissenschaft für sich beanspruchen kann, während das renitente Bürgertum im eigentlichen Sinne ideologisch agiert, wenn es die Klimadaten nicht anerkennt, im Grunde ebenso wie die amerikanischen Evangelikalen, die an ‚*intelligent design*‘ glauben.

Das Problem der „evidenzbasierten Politik“ ist zum einen, dass es keine dauerhaften Evidenzen gibt; und zum anderen, dass es eine politische Entscheidung ist, welche Evidenzen gemeinhin gesellschaftlich anerkannt und politisch durchgesetzt werden; übrigens auch vermeintliche ‚wissenschaftliche Evidenzen‘, die gerne von großen Teilen der Gesellschaft geglaubt wurden, obwohl sie wissenschaftliche *Fakes* waren, z.B. die Rassentheorie der Nazis. Schon Goethes Faust klagte, „*allein mir fehlt der Glaube...*“ Mehr als Wissen (und mithin Wissenschaft) ist es vielleicht also der Glaube, der Gesellschaften bewegt, obgleich aufgeklärte Menschen das nicht gerne hören.

Wie Hannah Arendt in ihrem Buch über den *Sinn der Politik* treffend bemerkt, braucht jede Gesellschaft, jede Demokratie Vorurteile für ihr Funktionieren. Weil nicht jeder alles wissen und mithin beurteilen kann, muss eine Gesellschaft *vor-urteilen*, damit dann jeder im Alltag seine eigenen Urteile im Rahmen dieser gesellschaftlichen ‚Vorurteile‘ fällen kann. Für die Bundesrepublik Deutschland lauteten dergleichen Vorurteile vor 1989, sehr verkürzt, dass die USA gut und die Russen böse waren, und dass der Holocaust stattgefunden hat. Vierzig Jahre politikwissenschaftliche Untersuchungen bauten – schaut man in transatlantische Zeitschriften oder auch Lehrbücher – auf diesem gesellschaftlichen Wissenskanon auf, der heute indes neu verhandelt wird. Die Neuverhandlung des Wissenskanons empfinden wir als Krise der Demokratie, gerade weil viele nicht mehr wissen, woran sie noch *glauben* sollen. Heute sind viele der Überzeugung, dass die USA nicht mehr gut, die Russen hingegen nicht so schlecht sind und einige zweifeln am Holocaust. Der Vorwurf der Lügenpresse ist darauf zurückzuführen. Ob die Wissenschaft unter diesen Bedingungen eine stabilisierende Rolle für die Demokratie spielen kann, muss also strittig gestellt werden, das wäre wohl das zweite, was wir im Anschluss diskutieren müssen.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass, wie Martin Heidegger es einst formuliert hat, die „*Wissenschaft nicht denkt*.“ Leider muss dies, schaut man in die schwarzen Hefte, gegen ihn selbst gewendet werden. Umgekehrt instrumentalisiert die Politik die Wissenschaft gerne – im Übrigen auch die Kunst - was auch große Köpfe wie Carl Schmitt schmerzlich erfahren mussten. Die Beziehung Wissenschaft – Demokratie also zu diskutieren, ohne die Machtfrage zu erwähnen, erscheint mir also als wenig opportun.

Ich erspare Ihnen, schaut man auf den heutigen Wissenschaftsbetrieb, dabei häretische Bemerkungen über die Folgen des Bologna-Prozesses, die penetrante Verwechslung von Bildung und Ausbildung, die Inflation von Diplomen und guten Noten, die Lotterie bei der Vergabe von Grants und Forschungsprojekten, die Substituierung von Lehrstühle durch *Leerstühle*, wenn z.B. Professoren für Logistik vergeben werden, zumindest solange Wissenschaft etwas mit Neugierde und nicht mit dem Erlernen von Verfahren zu tun haben soll. Oder das universitäre Mainstreaming des Denkens durch die Peer-Review-Verfahren bei Zeitschriften. Solange es in Europa heute als *must* gilt, möglichst ausschließlich auf Englisch und dann in amerikanischen Zeitschriften zu publizieren, dürfte jede denkerische Kreativität, derer sich die *République des Lettres* eines Danton, Erasmus von Rotterdam oder Voltaire

rühmen durfte, verloren gegangen sein. Kurz: ich würde der Wissenschaft, cum grano salis, den gleichen Turnaround von „*form follows function*“ in „*function follows form*“ attestieren wollen, den ich im ersten Abschnitt für die Demokratie beschrieben habe: ein formal immer korrekterer Wissenschaftsbetrieb produziert für die Gesellschaft oder die Demokratie ein immer irrelevanteres Wissen, das als Anhäufung alleine noch nicht garantiert, dass sich die demokratische Gesellschaft an ihm orientiert. Sondern eher, dass politische Machtverhältnisse mit ausreichenden ökonomischen Treibern (also das Kapital) durchsetzen kann, was geglaubt werden soll, zumal unter den neuen kybernetischen Bedingungen der Steuerung der Kommunikation durch das Internet.

Und damit bin ich schon beim dritten Abschied, bei den Stiftungen und ihrer gesellschaftlichen Rolle, den ich hier, denn die Zeit wird knapp, recht kurzhalten möchte. Fangen wir damit an, dass ich verhalten bin, Ihnen als Stiftungen eine zentrale Rolle bei der Verbindung von Demokratie und Wissenschaft zu konzederen. Stiftungen können den Verrat am Gemeinwohl, den Verlust der Republik im buchstäblichen Sinn, nicht korrigieren. Weder können Sie Entlassungen verhindern, altersgerechtes Bauen befördern oder Stellwerke reparieren. Mannheimer Ökonomen habe kürzlich erst eine Studie veröffentlicht, in der sie argumentieren, dass, ist eine Gesellschaft erst einmal sozial gespalten, man sie nicht mehr kitten kann, unabhängig davon, wie viel Stiftungen stiften. So sehr Sie es versuchen, aber den Rückzug des Staates aus zentralen gesellschaftlichen Bereichen zu kompensieren – *nota bene* in der Kunst und in der Wissenschaft – können Stiftungen nicht leisten, zumal die politische Arbitrage fehlt. Wenn alle Stiftungen z.B. die Kunst fördern, ist den Alleinerziehenden in dieser Gesellschaft nicht geholfen, die Wahl der Förderinteressen von Stiftungen aber ist keinem *Gemeinwohl*, sondern einer Stiftungsentscheidung unterworfen. Als Stiftung können Sie z.B. Kunst fördern und kaufen, Kunst, deren Auswahl übrigens zunehmend dem Markt bzw. Sammlern überlassen bleibt, was nichts über die gesellschaftliche Akzeptanz der Kunst oder gar die Spiegelung der Gesellschaft in der Kunst aussagt (wenn das eine Definition von Kunst sein soll). Stiftungen können vielleicht etwas anregen oder *bewegen*. Aber können nichts für eine Gesellschaft oder eine Demokratie *bewerten*, katalogisieren, memorisieren, keine Museumskultur entwickeln, auch keine Erinnerungskultur, denn dazu fehlt ihnen die Macht. Kurz: sie können keine Epoche

begründen, weswegen wir nach der post-Moderne aus dem *contemporary* als gesellschaftlichem Dauerzustand auch nicht herausfinden.

Doch lassen Sie mich abschließend ein paar Bemerkungen zu einem Feld machen, in dem ich mich auszukennen glaube, nämlich der Förderung europapolitischer Aktivitäten. Selten ist so viel Geld in europapolitische Aktivitäten geflossen, wie in den letzten Monaten vor den Europawahlen. Keine Stiftung, die nicht eine Diskussion, eine Agora, einen Event finanziert oder organisiert hätte. Das ist schön für die Stiftungen, denn Sie können sich einbilden, dass Sie Teilhabe an der europapolitischen Diskussion hatten und diese befördert haben. Sie können auch schöne Jahresberichte mit vielen Fotos machen, in den redende, diskutierende oder wichtige Persönlichkeiten abgebildet sind. Das ist alles nicht unnütz. Aber unzählige Panels zu Europa haben nicht verhindern können, dass Emmanuel Macron' Reformvorschläge zu Europa seit nunmehr zwei Jahren ihrer deutschen Antwort harren. Unzählige Manifeste, die im Vorfeld der Wahlen zu Europa publiziert wurden, haben nicht dazu geführt, dass es auch nur einen plausiblen, sichtbaren politischen Vorschlag gibt, wie es jetzt mit der europäischen Integration weitergehen soll. 40.000 Bürgerbefragungen zu Europa konnten nicht verhindern, dass die Chinesen den Hafen von Triest gekauft bzw. bekommen haben, und dafür im Gegenzug die italienischen Banken rekapitalisieren und ob das für Europa gut ist, wird sich zeigen. Umfragemehrheiten z.B. für eine europäische Arbeitslosenversicherung konnten durch Diskussionen darüber nicht in konkrete europäische Politik übersetzt werden. Und für die grandiose Europawahlmobilisierung, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, sind die im Vergleich zu 2014 durchschnittlichen 8% höhere Wahlbeteiligung 2019 dann doch eher dürftig, wobei nicht einmal klar ist, wem diese Mobilisierung eigentlich genützt hat, den Populisten oder der liberalen Mitte.

Was ich sagen will: selten ist so viel über Europa geredet worden – dank der Aktivitäten der Stiftungen. Aber selten ist politisch so wenig in Europa geschehen, außer dass Europa alles lösen soll: das Klima, die digitale Agenda, den Fortschritt, die Flüchtlingskrise. Wenn Sie, wie ich, auf der anderen Seite sitzen, also all diese Einladungen für Paneldiskussionen von Stiftungen bekommen, auf denen immer zu viele Leute stets aneinander über Europa vorbeireden, dann könnten Sie daran zweifeln, ob diese Stiftungsaktivitäten außer dem Vergnügen, eine rotierende Diskursoberfläche und damit den Anschein von Handeln zu

bieten, wirklich etwas bewirken. Im Kern ist Partizipation oft lustig, aber nicht unbedingt zielführend und Reden ist gesellig. Aber es gibt nichts Gutes, außer man tut es. In heutigen Zeiten aber hat man oft schon verloren, wenn man außer Reden wirklich etwas will, also klare politische Ziele formuliert. Gegen Nationalismus zu sein ist einfach, #unteilbar zu sein auch. Sagen, wo es mit Europa hingehen soll, schon schwieriger. Geschweige denn wie.

Mir selbst wurde in den vergangenen Jahren oft gesagt, ich sei zu „*normativ*“, wenn ich für mein European Democracy Lab Geld einwerben wollte. Dann müsse man sich ja, wenn man mich unterstütze, zur Europäischen Republik bekennen. Ich hätte aber gerne eine Vorstellung von einer Demokratie, einer Gesellschaft, die *nicht normativ* ist, die nichts will. Ich glaube, die gibt es nicht. Weswegen dem Althistoriker Konrad Alfödy zuzustimmen ist: *„Ausgerechnet aus dem Geld, einer Währung, nämlich dem Euro, das letzte normativ einheitliche Projekt des europäischen Kontinentes gemacht zu haben, ist de facto eine Bankrotterklärung der europäischen Geistesgeschichte der letzten 3000 Jahre.“*

Ich glaube daher, wir brauchen einen neuen europäischen Verfassungsprozess. Dazu habe ich derzeit bei verschiedenen Stiftungen konkrete Projektideen eingereicht, um die Zeit von 2019 und 2024 im Europaparlament zu nutzen. M.E. könnte ein solcher Prozess in einer konzertierten Aktion gestaltet werden, wenn man nur ein *Ziel* hätte, wenn man die Aktivitäten mehrerer Stiftungen auf *ein* europäisches Ziel hin bündeln würde: z.B. ein europäisches Vereinsrecht, ein europäisches *Stiftungsrecht* (das seit langem in den Schubladen der Europäischen Kommission liegt), oder ein europäisches Parteienrecht. Das alles z.B. könnten alle Stiftungen gemeinsam fordern und so Europa *machen* anstatt darüber zu *reden*. Es sind strukturelle, gleichsam apolitische Forderungen.

Hilfreich wäre auch, wenn die Stiftungen, die sich in den letzten Monaten für die *European Citizens* eingesetzt haben, einfach mal den Begriff des europäischen Bürgers ernst nähmen, der nämlich viel mehr heißt, als *‚wir sind Europäer und teilen die gleichen Werte.‘* Sondern im Kern heißt der Begriff des Bürgers, des Citoyen, *‚wir haben die gleichen Rechte.‘* Wenn sich alle Stiftungen, die ein ernsthaftes Interesse an Europa, an einer europäischen Einigung haben, allein hinter die Forderung der Verwirklichung des allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatzes für alle europäischen Bürgerinnen und Bürger stellen könnten, dann

wäre das schon viel! Aber dann müsste man darüber nachdenken, was *normativ* heißt. Und was eigentlich mit Europa passiert, in dem es außer beim Geld keine normativen Absichten mehr gibt. Wenn man sich jenseits von Dingen wie Plattformen, Agoren, Vernetzungs- und Kommunikationsaktivitäten zu einem europapolitischen Ziel bekennen würde, dann könnte vielleicht etwas mehr an Europa entstehen!

Mehrere Stiftungen haben mir bereits gesagt, sie hätten jetzt, ich benutze absichtlich dieses Wort, ihr ganzes Geld vor den EP-Wahlen *verbraten*. Man könne meine Projekte daher nicht berücksichtigen. Hauptsache Wählermobilisierung also, was jetzt im Europäischen Parlament geschieht, ist egal. Was, wenn nicht diese Feststellung, erhärtet meine These vom formalen Aktionismus anstatt beständigem Funktionalismus von Stiftungen mehr?

Ich schließe mit Heinrich Popitz's Theorien der Macht von 1972, in denen er argumentiert, dass in einem politischen Kräftefeld, in dem die einen etwas wollen –nämlich eine neue Ordnung – und die andern nur verteidigen wollen, was ist – in diesem konkreten Fall die EU – immer diejenigen gewinnen, die eine neue Ordnung wollen. Weil sie nämlich an etwas glauben. In Europa sind das derzeit die Populisten, auch wenn wir bei diesen EP-Wahlen mit einem blauen Auge davon gekommen sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!